

## 387351-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Abbrucharbeiten, Baureifmachung und Abräumung – Abbruch eines 21-geschossigen Wohnhochhauses in Duisburg

OJ S 126/2024 01/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung  
Bauleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH

E-Mail: [matthias.palapys@duisport.de](mailto:matthias.palapys@duisport.de)

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Abbruch eines 21-geschossigen Wohnhochhauses in Duisburg

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist der Abbruch eines 21-geschossigen Wohnhochhauses in Duisburg. Die Maßnahme umfasst u.a. die Entkernung, die Schadstoffentfrachtung, die Sprengvorbereitung, den Hochhausabbruch per Sprengung, den konventionellen Abbruch der Untergeschosse, den konventionellen Teilabbruch einer auf dem Grundstück befindlichen Tiefgarage, Rohbaumaßnahmen im Zusammenhang des Tiefgaragenteilrückbaus, die Aufbereitung der Abbruchmassen und des Abbruchgrundstückes.

Kennung des Verfahrens: 152e0b95-54bf-43f7-be2c-b70d5b2acca7

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45111000 Abbrucharbeiten, Baureifmachung und Abräumung

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Ottostr. 54-56

Stadt: Duisburg

Postleitzahl: 47198

Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)

Land: Deutschland

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Projekt wird unter dem Zuwendungsbescheid Nr.: 04/028/21 mit Mitteln des Bundes und des Landes bezuschusst. Die jederzeitige entschädigungslose Aufhebung des Vergabeverfahrens, insbesondere bei Überschreitung der geplanten Kosten, oder Widerruf bzw. Rücknahme des Zuwendungsbescheids, bleibt bis zur Zuschlagserteilung vorbehalten. Bei Nichtvergabe des Auftrages können keine Ersatzansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund, gestellt werden. Für die Erstellung der Angebote erhalten die Bieter keine Vergütung. Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch im eVergabesystem subreportELVIS unter <https://www.subreport.de/E93853119> zur Verfügung gestellt. Die Kommunikation, einschließlich der Beantwortung von Bewerber- oder

Bieterfragen, erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation innerhalb des eVergabesystems subreportELVIS. Einzelheiten und weitere Informationen zu diesem Verfahren sind in einer Allgemeinen Vergabeunterlage einschließlich Anlagen zusammengefasst, die über den vorgenannten Link in dieser Bekanntmachung heruntergeladen werden kann. Bei Fragen zur Bedienung der Plattform wenden Sie sich gerne an Herrn Stefan Ehl, Tel. 0221/98578-58 oder per E-Mail via: [stefan.ehl@subreport.de](mailto:stefan.ehl@subreport.de). Bei Zuschlagserteilung werden die Besonderen Vertragsbedingungen gemäß Anlage F zur Allgemeinen Vergabeunterlage Bestandteil des Vertrages. Darüber hinaus hat der Bieter spätestens mit Zuschlagserteilung die Einhaltung des Verhaltenskodex/Code of Conduct für Lieferanten der duisport-Gruppe zu bestätigen.

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Konkurs: Neben dem Ausschlussgrund der Insolvenz gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) und § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe).

Weiterhin können Bewerber oder Bieter unter den Voraussetzungen des § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, des § 98c des Aufenthaltsgesetzes, des § 19 des Mindestlohngesetzes und des § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom Verfahren ausgeschlossen werden.

## 5. Los

---

**5.1. Los: LOT-0001**

Titel: Abbruch eines 21-geschossigen Wohnhochhauses in Duisburg

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist der Abbruch eines 21-geschossigen Wohnhochhauses mit den Gesamtabmessungen ca. 62,0 m hoch, 45,0 m lang und 17,80 m breit an der Ottostraße 54 – 56 in Duisburg-Homberg. Das abzubrechende Objekt besteht aus zwei nebeneinander angeordneten Blöcken, die in massiver Bauweise monolithisch in der Hauptsache aus Stahlbetonfertigteilen inkl. 2 Untergeschossen in den 70er Jahren erbaut wurden. Die Gebäudesubstanz enthält daher baujahresübliche schadstoffhaltige Produkte, die vor dem Abbruch mit fach- und sachgerechten Sanierungs- und Entkernungsarbeiten zu entsorgen sind. Der Abbruch des Gebäudes erfolgt unter Mithilfe eines geeigneten Sprengverfahrens bzw. mit konventionellem Abbruch. Die Entsorgung vielfältiger Schad- und Reststoffe ist fachgerecht zu dokumentieren. Die Abbruchmaßnahme, die von einem Generalunternehmer erbracht werden soll, beinhaltet u.a. die umfangreiche Entkernung, Schadstoffsanierung, fach- und sicherheitstechnisch richtige Sprengung des Hochhauskomplexes sowie die abfallrechtlich richtige Entsorgung von Schad- und Reststoffen unter gutachterlicher Begleitung. Weiterhin sind untergeordnete Rohbauarbeiten im Bereich zu Nachbargebäuden durchzuführen. Da diese Maßnahme unter Förderbedingungen durchzuführen ist, muss die Abbruchmaßnahme bis zum 15.12.2025 abgeschlossen sein. Die Vergütung der Leistungen richtet sich für einzelne Leistungsteile nach der tatsächlich ausgeführten Leistungsmenge auf Grundlage der vereinbarten Einheitspreise, für andere Leistungsteile nach der vereinbarten Pauschalsumme. Weitere Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Interne Kennung: E93853119

**5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45111000 Abbrucharbeiten, Baureifmachung und Abräumung

### **5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Ottostr. 54-56

Stadt: Duisburg

Postleitzahl: 47198

Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)

Land: Deutschland

### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

#### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Das Verfahren ist zweistufig aufgebaut. Auf der ersten Stufe erfolgt

eine Prüfung der Eignung der Bieter, die im Rahmen eines sog. Teilnahmewettbewerbs

durchgeführt wird. Auf zweiter Stufe fordert der Auftraggeber die geeigneten Bieter zur

Abgabe eines Angebotes auf. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur

Angebotsabgabe aufgefordert werden: Aus dem Kreis der Bewerber, die die Anforderungen

an die Eignung gemäß den Teilnahmebedingungen unter Abschnitt 5.1.9 dieser EU-

Auftragsbekanntmachung erfüllen, werden fünf Bewerber ausgewählt und zur

Angebotsabgabe aufgefordert. Dies gilt nicht, sofern weniger als fünf geeignete Bewerber

vorhanden sind. Der Auftraggeber behält sich in diesem Fall auch die Aufforderung von

weniger als fünf Bewerbern zur Angebotsabgabe vor. Sollte die Durchführung des

Teilnahmewettbewerbs ergeben, dass mehr als fünf Bewerber die geforderten

Eignungsvoraussetzungen erfüllen, wird der Auftraggeber diejenigen Bewerber zur Abgabe

eines Angebots auffordern, die die Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Die

Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber erfolgt objektiv und

diskriminierungsfrei anhand der in der Bewertungsmatrix (Anlage B zur Allgemeinen

Vergabeunterlage) genannten Kriterien zur Auswahl der Bewerber. Erfüllen mehrere Bewerber

des Teilnahmewettbewerbs gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch

nach objektiver Auswahl entsprechend den zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch,

kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: 1.

Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers und Befähigung und Erlaubnis zur

Berufsausübung gemäß § 6a Nr. 1 EU VOB/A (1) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis der

Berufsausübung durch Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem

das Unternehmen niedergelassen ist, und /oder der Handwerksrolle des Sitzes

(Mindestanforderung), (2) Bewerber- bzw. Bietergemeinschaftserklärung, soweit es sich bei

dem Bieter um eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft handelt (Mindestanforderung) (3)

Verpflichtungserklärung für Nachunternehmer bei Erbringung von Leistungen durch

Nachunternehmer (Mindestanforderung), (4) Eigenerklärung u. a. hinsichtlich

Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, § 21 AEentG und § 21 SchwarzArbG

(Mindestanforderung), (5) Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG (Mindestanforderung) und (6) Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket (RUS-Sanktionen) (Mindestanforderung).  
WICHTIGER HINWEIS: Bei den geforderten Nachweisen mit dem Klammerzusatz "Mindestanforderung" handelt es sich jeweils um Mindestanforderungen an die Eignung. Bewerber oder Bewerbergemeinschaften, die diese Anforderung nicht vorweisen können, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Zur Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung des Teilnahmeantrages hat der Auftraggeber Formblätter (Anlage A zur Allgemeinen Vergabeunterlage) vorbereitet, mit denen die erforderlichen Angaben gemacht und die zusammen mit den geforderten Nachweisen eingereicht werden können. Die Nachweise können gem. § 6b EU VOB/A sowohl durch die Vorlage von Einzelnachweisen, als auch durch direkt abrufbare Eintragung im Präqualifikationsverzeichnis des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. erfolgen. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedsstaaten ist als Nachweis ebenso zugelassen. Ein vorläufiger Nachweis in Form einer Eigenerklärung ist zulässig. Eigenerklärungen, die als vorläufiger Nachweis dienen, sind von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) wird als vorläufiger Nachweis akzeptiert. Der Auftraggeber behält sich vor, diejenigen Bieter, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens aufzufordern, sämtliche oder einen Teil der erforderlichen Nachweise beizubringen. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: 2.

Wirtschaftliche und finanzielle Leitungsfähigkeit gemäß § 6a Nr. 2 EU VOB/A 2.1

Gesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre: Beim Gesamtumsatz wird der durchschnittliche Jahresnettoumsatz der letzten drei Geschäftsjahre gewertet, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Hierbei wird ein erforderlicher durchschnittlicher Mindestnettoumsatz von € 10 Mio. pro Jahr zugrunde gelegt (Mindestanforderung). 2.2 Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung (1) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme pro Schadensfall in Höhe von EUR 10 Mio. für Sach- und Personenschäden sowie in Höhe von EUR 10 Mio. für Vermögensschäden (Mindestanforderung). (2) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von € 20 Mio. für das Sprengereignis einschließlich Bearbeitungs- und Leitungsschäden ohne Einschränkung des Versicherungsschutzes um das zu sprengende Objekt (d.h. unter Ausschluss einer Radiusklausel). Schäden, die im Umkreis/Radius des zu sprengenden Gebäudes entstehen, dürfen nicht von der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung ausgeschlossen sein. Sofern Versicherungen mit entsprechenden Deckungssummen im Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht bestehen, können diese durch Vorlage einer Erklärung des Bewerbers bzw. sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und des Versicherers über die Bereitschaft zum Abschluss bzw. zur Erhöhung nachgewiesen werden (Mindestanforderung). WICHTIGER HINWEIS: Bei den geforderten Nachweisen mit dem Klammerzusatz "Mindestanforderung" handelt es sich jeweils um Mindestanforderungen an die Eignung. Bewerber oder Bewerbergemeinschaften, die diese Anforderung nicht vorweisen können, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Zur Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung des Teilnahmeantrages hat der Auftraggeber Formblätter (Anlage A zur Allgemeinen Vergabeunterlage) vorbereitet, mit denen die erforderlichen Angaben gemacht und die zusammen mit den geforderten Nachweisen eingereicht werden können. Die Nachweise können gem. § 6b EU VOB/A sowohl durch die Vorlage von Einzelnachweisen, als

auch durch direkt abrufbare Eintragung im Präqualifikationsverzeichnis des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. erfolgen. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedsstaaten ist als Nachweis ebenso zugelassen. Ein vorläufiger Nachweis in Form einer Eigenerklärung ist zulässig. Eigenerklärungen, die als vorläufiger Nachweis dienen, sind von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) wird als vorläufiger Nachweis akzeptiert. Der Auftraggeber behält sich vor, diejenigen Bieter, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens aufzufordern, sämtliche oder einen Teil der erforderlichen Nachweise beizubringen. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der

Eignungskriterien: 3. Berufliche und technische Leistungsfähigkeit nach § 6a Nr. 3 EU VOB/A

3.1 Qualifikation des für die Gesamtprojektleitung zuständigen technischen Personals (1) Einschlägiger Studienabschluss oder fachspezifischer Berufsabschluss (Bauingenieurwesen, Facharbeiter Rückbau oder vergleichbar) (2 Punkte), (2) Einschlägige Berufserfahrung von mehr als 10 Jahren im Gebäuderückbau (2 Punkte), (3) Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen der Steuerung/Koordination von Gebäuderückbaumaßnahmen mit Auftragsvolumen größer als EUR 5,0 Mio. (Kosten Abbruch und Entsorgung, netto) (2 Punkte).

3.2 Qualifikation des für den Rückbau und die Gebäudeabbrüche zuständigen technischen Personals (1) Einschlägige Berufserfahrung von mehr als 10 Jahren im Gebäuderückbau (2 Punkte), (2) Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen von Gebäuderückbaumaßnahmen mit umbauten Raum größer als 30.000 m<sup>3</sup> (2 Punkte), (3) Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen von Gebäuderückbaumaßnahmen mit Vorbereitung einer zugehörigen Gebäudesprengung (2 Punkte), (4) Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen von Gebäuderückbaumaßnahmen zur Vorbereitung einer Sprengung im innerstädtischen Bereich (d.h. Bereich dichter Bebauung in Städten und Gemeinden) (2 Punkte).

3.3 Qualifikation des für die Schadstoffsanierung zuständigen technischen Personals: Anhand von Qualifikationsbescheinigungen sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen: (1) Sachkundenachweis TRGS 519 Anlage 3 - Großer Asbestschein oder vergleichbar (Mindestanforderung), (2) Sachkundenachweis TRGS 521 - Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle oder vergleichbar (Mindestanforderung), (3) Sachkundenachweis DGUV Regel 101-004 - Kontaminierte Bereiche (bisher BGR 128 - Kontaminierte Bereiche) oder vergleichbar (Mindestanforderung). (4) Sachkundenachweis TRGS 524 - Arbeiten in kontaminierten Bereichen oder vergleichbar (Mindestanforderung) Darüber hinaus werden anhand der vorgelegten Lebensläufe, Qualifikationsbescheinigungen und Referenzen Punkte für gesammelte Erfahrungen und Qualifikationen vergeben: (1) Einschlägige Berufserfahrung von mehr als 10 Jahren im Rahmen von Schadstoffsanierungen (2 Punkte), (2) Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen von Rückbaumaßnahmen mit Schadstoffbelastungen in Gestalt von Asbest ( Putz- und Spachtelmassen auf Wand- und Deckenoberflächen (2 Punkte), Asbest (schwach gebunden) (1 Punkt), PCB (1 Punkt), PAK (1 Punkt) und KMF (1 Punkt).

3.4 Technische Leistungsfähigkeit des Unternehmens: Anhand von Unterlagen sind folgende Mindestanforderungen für die technische Leistungsfähigkeit des Unternehmens nachzuweisen: (1) Nachweis der projektbezogenen Verfügbarkeit von > 10 Mitarbeiter für die auszuführenden Leistungen der Gebäudeabbrüche und zur Schadstoffentsorgung (Mindestanforderung), (2) Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb (EfB) gemäß § 56 KrWG nach der Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung (EFBV) (Mindestanforderung), (3) Zulassung des Unternehmens als Fachbetrieb für Abbruch- und Sanierungsarbeiten bei Vorhandensein

von Asbest gemäß Anhang III Nr. 2.4.2 Abs. 4 GefStoffV (Mindestanforderung), (4) Erlaubnis nach § 7 SprengG für den Umgang, Verkehr und Einfuhr von/mit explosionsgefährlichen Stoffen im gewerblichen Bereich (Mindestanforderung). Darüber hinaus werden anhand der vorgelegten Nachweise Punkte für die technische Leistungsfähigkeit des Unternehmens vergeben: (1) RAL Gütezeichen Abbrucharbeiten in folgenden Bereichen: HA 3 (Abbruchsprengen), AB (Abbruch im Bestand) und AK (Abbruch in kontaminierten Bereichen) oder vergleichbar (jeweils 1 Punkt, d.h. insgesamt 3 Punkte), (2) Zulassung des Unternehmens zum Transport von gefährlichen Abfällen nach § 54 KrWG (2 Punkte), (3) SCC-Zertifizierung (Sicherheits-Certificat Contractors) SCC \*\* Zertifikat oder vergleichbar (2 Punkte), (4) ISO-Zertifizierung 9001 oder vergleichbar (2 Punkte). Die Qualifikationen und Kenntnisse können entweder durch den Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft selbst oder durch ein im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung benanntes Nachunternehmen nachgewiesen werden.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 3.5 Vergleichbare Leistungen der letzten 10 Jahre. Es werden vergleichbare Referenzprojekte der letzten 10 Jahre gewertet. Mindestkriterium: Es sind mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte für jedes der nachfolgenden Leistungsmerkmale nachzuweisen. Die vergleichbaren Referenzprojekte müssen folgende Merkmale aufweisen: (1) Gebäuderückbaumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen > EUR 4 Mio. (Kosten Abbruch und Entsorgung, netto) (Mindestkriterium), (2)

Gebäuderückbaumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen für reine Schadstoffentfrachtung (ohne Entsorgung) > EUR 2,0 Mio. (netto) (Mindestkriterium), (3)

Gebäuderückbaumaßnahmen mit einem umbauten Raum > 30.000 m<sup>3</sup> (Mindestkriterium), (4)

Gebäuderückbaumaßnahme durch Sprengung von mehrstöckigen Wohn-, Büro- oder Verwaltungsgebäuden in Stahlbetonbauweise (Mindestkriterium), (5)

Gebäuderückbaumaßnahme im innerstädtischen Bereich (d.h. Bereich dichter Bebauung in Städten und Gemeinden) (Mindestkriterium), (6) Gebäuderückbaumaßnahmen unter

Beachtung von Schadstoffbelastungen (Asbest (schwach gebunden), PCB, PAK und KMF) (Mindestkriterium). Die vorgenannten Merkmale (1 bis 6) können jeweils auch mit

unterschiedlichen Referenzen nachgewiesen werden. Punktwertung: Darüber hinaus werden für weitere neben den Mindestreferenzen angegebene Gebäuderückbaumaßnahmen Punkte vergeben. Je Referenz werden maximal 18,0 Punkte vergeben: (a)

Gebäuderückbaumaßnahme mit einem Auftragsvolumen > € 4,0 Mio. (Kosten Abbruch und Entsorgung, netto) (2 Punkte), (b) Gebäuderückbaumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen für reine Schadstoffentfrachtung (ohne Entsorgung) > € 1,0 Mio. (netto) (2 Punkte), (c)

Gebäuderückbaumaßnahmen mit Entfrachtung Putz- und Spachtelmassen auf > 5.000 m<sup>2</sup> Wand- und Deckenoberflächen (2 Punkte), (d) Gebäuderückbaumaßnahmen mit gleichzeitig bearbeiteter Schwarzbereichsfläche > 1.000 m<sup>2</sup> BGF (2 Punkte), (e)

Gebäuderückbaumaßnahmen mit einem umbauten Raum > 30.000 m<sup>3</sup> (2 Punkte), (f)

Gebäuderückbaumaßnahme durch Sprengung von mehrstöckigen Wohn-, Büro- oder Verwaltungsgebäuden in Stahlbetonbauweise (2 Punkte). Gemäß § 6a Nr. 3 a) EU VOB/A werden Referenzen für die Sprengung von Wohn- Büro- und Verwaltungsgebäuden

berücksichtigt, die innerhalb der letzten bis zu fünfzehn Jahren erbracht und bis zur Vorlage des Teilnahmeantrages vollständig abgeschlossen wurden. Maßgeblich für den Zeitraum ist der Tag des Sprengereignisses. (g) Gebäuderückbaumaßnahmen im innerstädtischen Bereich

(d.h. Bereich dichter Bebauung in Städten und Gemeinden) (1 Punkt), (h)

Gebäuderückbaumaßnahmen unter Beachtung von Schadstoffbelastungen mit Asbest (schwach gebunden) (2 Punkte), (i) Gebäuderückbaumaßnahmen unter Beachtung von

Schadstoffbelastungen mit PCB (1 Punkt), (j) Gebäuderückbaumaßnahmen unter Beachtung von Schadstoffbelastungen mit PAK (1 Punkt), (k) Gebäuderückbaumaßnahmen unter Beachtung von Schadstoffbelastungen mit KMF (1 Punkt). Die wesentlichen Projektleistungen (mit Ausnahme der unter (f) beschriebenen Projektleistungen) müssen im Rahmen der letzten 10 Jahre d.h. seit dem 01.01.2014 erbracht und bis zur Vorlage des Teilnahmeantrages vollständig abgeschlossen worden sein. Nur für tatsächlich ausgeführte und erfolgreich abgeschlossene Referenzen (d.h. Fertigstellung und Abnahme) werden Punkte vergeben. Es werden die 5 Referenzen mit den jeweils meisten Punkten gewertet. Insgesamt können so max. 90 Punkte erreicht werden. Punkte werden nur vergeben, wenn die Leistungen entweder durch den Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft selbst oder durch ein im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung benanntes Nachunternehmen ausgeführt worden sind.

**WICHTIGER HINWEIS:** Bei den geforderten Nachweisen mit dem Klammerzusatz "Mindestanforderung" handelt es sich jeweils um Mindestanforderungen an die Eignung. Bewerber oder Bewerbergemeinschaften, die diese Anforderung nicht vorweisen können, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Zur Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung des Teilnahmeantrages hat der Auftraggeber Formblätter (Anlage A zur Allgemeinen Vergabeunterlage) vorbereitet, mit denen die erforderlichen Angaben gemacht und die zusammen mit den geforderten Nachweisen eingereicht werden können. Die Nachweise können gem. § 6b EU VOB/A sowohl durch die Vorlage von Einzelnachweisen, als auch durch direkt abrufbare Eintragung im Präqualifikationsverzeichnis des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. erfolgen. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedsstaaten ist als Nachweis ebenso zugelassen. Ein vorläufiger Nachweis in Form einer Eigenerklärung ist zulässig. Eigenerklärungen, die als vorläufiger Nachweis dienen, sind von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) wird als vorläufiger Nachweis akzeptiert. Der Auftraggeber behält sich vor, diejenigen Bieter, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens aufzufordern, sämtliche oder einen Teil der erforderlichen Nachweise beizubringen. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen.

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Preis

Beschreibung: 100 %

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E93853119>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E93853119>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Es muss Sicherheit für die Vertragserfüllung (in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme) sowie für Mängelansprüche (in Höhe von 3 % der Bruttoschlussrechnungssumme) geleistet werden. Wegen der Einzelheiten wird auf die Besonderen Vertragsbedingungen, Anlage F zur Allgemeinen Vergabeunterlage, verwiesen.

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/06/2024 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Einzelheiten zur Nachforderung von Unterlagen sind der Allgemeinen Vergabeunterlage zu entnehmen. Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland zu Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Fristen des § 160 Abs. 3 Ziff. 1-4 GWB sind zu beachten. Danach wäre ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich (d.h. innerhalb von 10 Kalendertagen) gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Im Übrigen wird auf die Fristen des § 135 Abs. 2 GWB hingewiesen. Danach endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages in einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss, oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

---

## 8. Organisationen

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH  
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00006476  
Postanschrift: Alte Ruhrorter Str. 42-52  
Stadt: Duisburg  
Postleitzahl: 47119  
Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [matthias.palapys@duisport.de](mailto:matthias.palapys@duisport.de)  
Telefon: +492038034175  
Internetadresse: <https://www.duisport.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer  
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt  
Organisation, die Angebote bearbeitet

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland zu Köln  
Registrierungsnummer: 05315-03002-81  
Stadt: Köln  
Postleitzahl: 50667  
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de](mailto:VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de)  
Telefon: +492211473045

Fax: +492211472889

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## 10. Änderung

---

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

de18680a-7fa8-46b5-bb0a-d334fb5198c2-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

### 10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Anstatt: "2.2 Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung (1) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme pro Schadensfall in Höhe von EUR 10 Mio. für Sach- und Personenschäden sowie in Höhe von EUR 10 Mio. für Vermögensschäden (Mindestanforderung). (2) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von € 20 Mio. für das Sprengereignis einschließlich Bearbeitungs- und Leitungsschäden ohne Einschränkung des Versicherungsschutzes um das zu sprengende Objekt (d.h. unter Ausschluss einer Radiusklausel). Schäden, die im Umkreis/Radius des zu sprengenden Gebäudes entstehen, dürfen nicht von der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung ausgeschlossen sein. Sofern Versicherungen mit entsprechenden Deckungssummen im Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht bestehen, können diese durch Vorlage einer Erklärung des Bewerbers bzw. sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und des Versicherers über die Bereitschaft zum Abschluss bzw. zur Erhöhung nachgewiesen werden (Mindestanforderung)." muss es heißen: "2.2 Berufs- ODER Betriebshaftpflichtversicherung (1) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme pro Schadensfall in Höhe von EUR 10 Mio. für Sach- und Personenschäden sowie in Höhe von EUR 10 Mio. für Vermögensschäden (Mindestanforderung). (2) Nachweis des Abschlusses einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von € 20 Mio. für das Sprengereignis einschließlich Bearbeitungs- und Leitungsschäden ohne Einschränkung des Versicherungsschutzes um das zu sprengende Objekt (d.h. unter Ausschluss einer Radiusklausel). Schäden, die im Umkreis/Radius des zu sprengenden Gebäudes entstehen, dürfen nicht von der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung ausgeschlossen sein. Sofern Versicherungen mit entsprechenden Deckungssummen im Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht bestehen, können diese durch Vorlage einer Erklärung des Bewerbers bzw. sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und des Versicherers über die Bereitschaft zum Abschluss bzw. zur Erhöhung nachgewiesen werden (Mindestanforderung)." Anstatt: "3.3 Qualifikation des für die Schadstoffsanierung zuständigen technischen Personals: Anhand von Qualifikationsbescheinigungen sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen: (1) Sachkundenachweis TRGS 519 Anlage 3 - Großer Asbestschein oder vergleichbar (Mindestanforderung), (2) Sachkundenachweis TRGS 521 - Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle oder vergleichbar (Mindestanforderung), (3) Sachkundenachweis DGUV Regel 101-004 - Kontaminierte Bereiche (bisher BGR 128 - Kontaminierte Bereiche) oder vergleichbar (Mindestanforderung). (4) Sachkundenachweis TRGS 524 - Arbeiten in kontaminierten Bereichen oder vergleichbar (Mindestanforderung)" muss es heißen: "3.3 Qualifikation des für die Schadstoffsanierung zuständigen technischen Personals: Anhand von Qualifikationsbescheinigungen sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen: (1) Sachkundenachweis TRGS 519 Anlage 3 - Großer Asbestschein oder vergleichbar (Mindestanforderung), (2) Sachkundenachweis TRGS 521 - Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle oder vergleichbar (Mindestanforderung), (3) Sachkundenachweis DGUV Regel 101-004, Anhang 6 B - Kontaminierte Bereiche (alternativ BGR 128, Kontaminierte Bereiche oder Sachkundenachweis TRGS 524, Arbeiten in kontaminierten Bereichen) oder vergleichbar (Mindestanforderung)." Die Fassung der vorigen Bekanntmachung enthielt keine Angabe zur Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt. Diese Angabe wird nun wie folgt ergänzt: "Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: Offizielle Bezeichnung: DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH, Identifikationsnummer: Berichtseinheit-ID 00006476, Postanschrift: Alte Ruhrorter Str. 42-52, Ort: Duisburg, Postleitzahl: 47119, NUTS-3-Code: Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12), Land: Deutschland, E-Mail: [matthias.palapys@duisport.de](mailto:matthias.palapys@duisport.de), Telefon: +492038034175, Internet-Adresse: <https://www.>

[duisport.de](https://www.duisport.de). Die Fassung der vorigen Bekanntmachung enthielt keine Angabe zum geschätzten Gesamtwert (Wert ohne MwSt.). Diese Angabe wird nun wie folgt ergänzt:  
"Geschätzter Gesamtwert (Wert ohne MwSt.): 7.0 Mio. €."

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0e41c615-3298-4dd9-9886-07305602be95 - 01  
Formulartyp: Wettbewerb  
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Unterart der Bekanntmachung: 16  
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/06/2024 17:34:41 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch  
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 387351-2024  
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 126/2024  
Datum der Veröffentlichung: 01/07/2024